smaller (almost zero) interactivity, the mass media thus represented a very strong integrating factor, at a level (for instance that of a whole nation) which is hardly manageable by other institutions. There are two trends which support each other: on the one hand, „internetization" of the traditional mass media, on the other, „medialization" of the new, Internet media. The logic of this adaptation phase of the innovative process is clear: the sphere of mass and network communication in fact represents a single communication, economic, cultural (and after all also political) continuum. Therefore the „traditional media" which operate in this environment provide against the cannibalism which would follow if the new communication opportunities were ignored. At the same time, the new media offer new possibilities of transforming their users into a user public that means an entity with which it is possible to trade. What is thus taking place is a gradual convergence of both types of communication.

Already now the development inevitably makes the pendulum of pondering the role and position of the network media swing from initial hopeful enthusiasm to gradual formulation of concerns. The new media permit a higher measure of interactivity, but also the building up of false identities. They have provided room for new – Internet criminality, and are suspected (perhaps not without reason) of weakening a certain type of learning, memory etc.

And so the development of ideas about the role of the media looks like an alternation of waves of (unfulfilled or sporadically fulfilled) hopes and disappointments, connected with fear. As if the development of society and innovations in the development of communication possibilities are fuel of hope added to the flames of fear.

Karl-Heinz Reuband

Hoffnung auf „blühende Landschaften" und wirtschaftlichen Wohlstand. Die wirtschaftliche Angleichung von West- und Ostdeutschland im Zeithorizont der Ostdeutschen

1. Einleitung

Kaum ein anderes Ereignis im 20. Jahrhundert hat derart plötzlich und in derart hohem Maße Hoffnungen in der Bevölkerung freigesetzt, wie der Fall der Berliner Mauer im Jahr 1989. Plötzlich war nicht nur das Ende politischer Unfreiheit in der DDR in greifbare Nähe gerückt, sondern auch das Ende der Planwirtschaft und der Mangelwirtschaft. Ein baldiger wirtschaftlicher Aufschwung schien nur noch eine Frage kurzer Zeit und beflügelte die Phantasie der Menschen, besonders im Osten Deutschlands.

Und die Politiker bekräftigten sie in diesen Hoffnungen. Der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl sprach von „blühenden Landschaften", die sich bald in Ostdeutschland ausbreiten würden und dass es „niemandem schlechter gehen [werde] als zuvor – dafür vielen besser"[1]. Die Transferkosten könne man aus der „Portokasse" zahlen. Und in einer Rede im Jahr 1991 nannte Kohl auch einen Zeitraum bis zur Angleichung der wirtschaftlichen Verhältnisse. Er sprach von drei bis vier Jahren.

Mit dieser Meinung war Helmut Kohl nicht allein. Zahlreiche Wirtschaftsexperten gaben damals ähnliche Prognosen ab. So meinte z.B. Hans Willgerodt 1990 in einer Studie für die Bundesregierung, Ostdeutschland könne das wirtschaftliche Inlandsprodukt je Einwohner in nur drei bis fünf Jahren erreichen. Und Horst Sieber, damals eines der Mitglieder im Wirtschaftsbeirat der Bundesregierung (der „Fünf Weisen"), glaubte, die Angleichung würde gerade Mal fünf bis zehn Jahre dauern.[2]

1 *Die Welt* v. 12.7.2002.
2 *Die Welt* v. 2.10.2006.

Der Optimismus indes währte nicht lange. Die gesamtwirtschaftliche Lage der DDR war von Experten zu optimistisch eingeschätzt worden. Die alten Industrien waren dem neuen Markt nicht gewachsen oder wurden von Westfirmen übernommen und nicht selten aufgelöst. Rund drei Viertel der alten Industriearbeitsplätze gingen verloren[3] und neue Arbeitsplätze wurden nur begrenzt geschaffen. Zwar verbesserte sich die Infrastruktur aufgrund gewaltiger Transferzahlungen, doch blieb das Wirtschaftswachstum hinter den Erwartungen zurück, und die Arbeitslosigkeit stieg auf das doppelte des Westens an. Was es einst in der DDR nicht gab – Arbeitslosigkeit – wurde nun ein Massenphänomen. Der sich selbst tragende Wirtschaftsaufschwung blieb aus. Und ab 1997 fiel der zunächst überproportionale Wirtschaftsaufschwung des Ostens schließlich hinter den des Westens zurück. Die Kluft zwischen Ost- und Westdeutschland wurde wieder größer.[4]

In dem Maße, wie das Wirtschaftswachstum zusehends hinter das des Westens zurückfiel, nahm in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre die Zahl der Stimmen zu, welche die Prognosen einer baldigen Angleichung von Ost und West revidierten. Der Zeitraum bis zur Angleichung wurde von nun an weiter gefasst.[5] Manche Autoren glaubten jetzt, es würde 15 Jahre erfordern, andere setzten den Zeitraum auf 20-30 Jahre an. Und wieder andere auf zwei Generationen, mithin rund 60 Jahre. Einige wenige zweifelten sogar, ob es überhaupt jemals zur Angleichung kommen würde: Man würde womöglich auf Dauer mit ähnlichen regionalen Unterschieden leben müssen, wie zwischen Nord- und Süditalien.

Wie reagierten die Bürger Ostdeutschlands auf das Ausbleiben der versprochenen Angleichung und auf die massiv steigende Arbeitslosigkeit? Und welche Folgen erwuchsen daraus für deren Lebensgefühl? Wir wollen dieser Frage im Folgenden unter Rückgriff auf eine Studie nachgehen, die wir 1995 in Dresden begannen und seitdem fortgeführt haben: in einer Kombination wiederholter Bevölkerungsumfragen mit wiederholten Befragungen der gleichen Individuen in Form

3 SINN, Hans-Georg: Ist Deutschland noch zu retten? Berlin 2004, S. 211.

4 SINN: Deutschland, S. 215ff.

5 Dies geschah in eher zurückhaltender Weise, nicht lautstark an die Öffentlichkeit gerichtet. Manchen Politikern dürfte das Eingeständnis eher peinlich gewesen sein. Und nicht wenige dürften sich gefürchtet haben, Ost- und Westdeutsche gegen sich aufzubringen: die Ostdeutschen, weil sie in ihrer großen Hoffnung enttäuscht wurden, und die Westdeutschen, weil sie weiterhin lange Zeit den Osten mit ihrem Steueraufkommen unterstützen mussten.

einer Paneluntersuchung. Die Verwendung einer Panelstudie ergänzend zu der wiederholten Querschnittsuntersuchung hat den Vorteil, dass parallel zum Wandel auf der Aggregatebene der Wandel auf der Individualebene untersucht werden kann. Paneluntersuchungen dieser Art, welche Wandel in Ostdeutschland über einen längeren Zeitraum zu erfassen vermögen, gibt es in der Bundesrepublik kaum.[6]

Dresden gehört zu den Städten mit zunächst ähnlich ungünstiger wirtschaftlicher Lage wie in vielen anderen Orten und Gemeinden der ehemaligen DDR. Heutzutage zählt Dresden zu den Orten, die einen erheblichen Aufschwung durchlaufen haben, die einen geradezu rasanten Wirtschaftsaufschwung erlebten, mit einer Konzentration hochmoderner Betriebe, besonders im Bereich der Mikroelektronik, und mit einer für Ostdeutschland unterdurchschnittlichen Arbeitslosenquote.[7] In der Zeit, in der wir mit unserer Umfrageserie begannen, war diese Situation noch nicht gegeben – der Weg Dresdens in eine bessere Zukunft war keineswegs schon vorprogrammiert. Die ostdeutschen allgemeinen Befindlichkeiten spiegelten sich in erheblichem Maße in denen der Dresdner Bürger wider.

Auf diese Ähnlichkeit mit anderen ostdeutschen Städten verweisen u.a. die Befunde einer Vergleichsstudie, die wir 1995/1996 in Dresden, Chemnitz und Leipzig, den drei größten Städten Sachsens, durchgeführt haben. Danach verfügten gleich viele Menschen, rund 50 Prozent, über ein Netto-Haushaltseinkommen von bis zu 3000 DM. 50 Prozent der Dresdner Befragten schätzten die eigene wirtschaftliche Lage als „sehr gut“ oder „gut“ ein, in Chemnitz waren es mit 48 Prozent und Leipzig 49 Prozent fast genauso viele. Und zwischen 16 und 19 Prozent der Befragten in den drei Städten glaubten, die eigene wirtschaftliche Lage wäre in einem Jahr „wesentlich“ oder „etwas bes-

6 Untersuchungen auf Städteebene mit analogem Design gibt es nicht. Die einzige Langzeituntersuchung, die – auch für Ostdeutschland – den Wandel bei gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Themen im Form einer Paneluntersuchung zu erfassen vermag, ist das Sozioökonomische Panel (SOEP).

7 MARETZKE, Steffen/KAWKA, Ruppert: Regionalbarometer neue Länder. Sechs zusammenfassende Berichte. Bonn 2007.

ser".[8] Seit der Zeit dieser Erhebung jedoch hat sich Dresden in ungeahnter Weise weiterentwickelt[9] und die anderen Städte hinter sich gelassen. So nahm das Wirtschaftswachstum zwischen 1995 und 2002 im Regierungsbezirk Dresden um 29 Prozent zu, in Leipzig jedoch nur um neun Prozent und in Chemnitz um sechs Prozent.[10]

2. Zielsetzung und methodisches Vorgehen

Als empirische Basis der folgenden Analyse dienen repräsentativ angelegte, postalische Befragungen in der Bevölkerung der Stadt Dresden im Alter von 18 Jahren an aufwärts mit deutscher Staatsangehörigkeit und partiell – zu Vergleichszwecken – der Stadt Düsseldorf. Die Stichproben wurden nach dem Randomverfahren aus den jeweiligen Einwohnermelderegistern gezogen. Die Befragungen erfolgten postalisch in Anlehnung an die Empfehlungen von Don Dillman[11] und eigene Erfahrungen.[12] Nach bis zu drei Mahnaktionen wurden Aus-

8 Erhebungen des Verfassers auf der Basis vergleichender Umfragen. REUBAND, Karl-Heinz: Lebensqualität in ostdeutschen Großstädten. Ein Vergleich Chemnitz – Dresden – Leipzig. In: *Stadtforschung und Statistik* (1998/2), S. 30-41. — Lediglich in der Frage, wie es ihnen ohne die Wende ergangen wäre, ergeben sich (leichte) Unterschiede. In Dresden meinten 1995/96 50 Prozent, es wäre ihnen schlechter gegangen, in Chemnitz 44 Prozent und in Leipzig 40 Prozent. Die Infrastruktur war zudem zu dieser Zeit auch schon etwas besser als in Leipzig oder Chemnitz, ebenfalls die Arbeitslosenquote. Der eigentliche Aufschwung war zu dieser Zeit aber noch nicht eingeleitet. Er wurde z.T. erst durch hohe Subventionen an die Firmen erkauft, die – wie die Mikrochip Firma AMD – sich für eine Industrieansiedlung entschlossen.

9 REUBAND, Karl-Heinz: Veränderungen in den lokalen Lebensbedingungen Ostdeutschlands und ihre Widerspiegelung im Zufriedenheitsniveau der Bürger. Das Beispiel Dresden. In: Raumforschung und Raumordnung 60 (2002), S. 319-333.

10 KUNZ, Marcus/SUJATA, Uwe: Die Regierungsbezirke Sachsens im Vergleich. Eine Analyse der Arbeitslosenquote und ihrer Bestandteile. In: *LAB regional. Berichte und Analysen. LAB Sachsen* (2005), Heft 2.

11 DILLMAN, Don D.: Mail and Telefone Surveys. New York 2000.

12 REUBAND, Karl-Heinz/BLASIUS, Jörg: Face-to-face, telefonische und postalische Befragungen: Ausschöpfungsquoten und Antwortmuster in einer Großstadtstudie. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* (1996), S. 296-318. — REUBAND, Karl-Heinz: Postalische Befragungen in den neuen Bundesländern. Durchführungsbedingungen, Ausschöpfungsquoten und Zusammensetzung der Befragten in einer Großstadtstudie. In: *ZA-Information* 45 (1999), S. 71-99. — REUBAND, Karl-Heinz: Möglichkeiten und Probleme des Einsatzes postalischer Befragungen. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 53 (2001), S. 338-364.

schöpfungsrouten mit Werten über 50 Prozent bis 65 Prozent erreicht. Die Zahl der Befragten liegt je nach Erhebung zwischen rund 900 und 1300 Befragten.

Ergänzend zu den Querschnittserhebungen in der Bevölkerung, die mit teils konstanten und teils wechselnden Fragemodulen durchgeführt wurden, stützen wir uns auf eine Panelstudie. Sie basiert auf Personen, die von uns erstmals 1995 bzw. 1996 befragt und in mehreren Folgewellen – in den Jahren 1997, 1998 und 2001 – erneut kontaktiert wurden. Ähnlich wie in den Querschnittserhebungen erfolgten diese Erhebungen postalisch.[13] Die Zahl der Personen, die im Panel mit mehreren Befragungswellen vertreten sind, und Aussagen bis 2001, dem Zeitpunkt der bislang letzten Panelwelle, erlauben, liegt bei rund 500 Personen.

Fragen zur eigenen wirtschaftlichen Lage, die im Zusammenhang mit unserer Fragestellung besonders interessieren, wurden in unserer Umfrageserie erstmals 1995 gestellt, Fragen zum Zeitraum bis zur Angleichung Ost- und Westdeutschlands erstmals 1997. Für ausgewählte Zeitpunkte verfügen wir zusätzlich über Vergleichsdaten für Düsseldorf. Diese stützen sich ebenfalls auf repräsentativ angelegte postalische Befragungen und wurden ähnlich wie in Dresden durchgeführt. Düsseldorf und Dresden kann man als Orte mit ähnlicher Bevölkerungszahl und Funktion ansehen: Während Dresden die Landeshauptstadt des größten Bundeslandes im Osten Deutschlands repräsentiert, ist Düsseldorf die Landeshauptstadt des größten Bundeslandes im Westen.

In vereinfachter Weise werden wir in diesem Beitrag synonym von den Düsseldorfern auch als Westdeutsche und den Dresdnern als Ostdeutsche sprechen. In einem ersten Schritt unseres Beitrags soll zunächst geklärt werden, welcher Zeitraum bis zur Angleichung Ostdeutschlands an die westdeutschen Verhältnisse von den Bürgern wahrgenommen wurde und wie sich dieser Zeitraum im Zeitverlauf verändert hat. In einem zweiten Schritt soll für die Ostdeutschen un-

13 Die Haltequote in diesem Panel über die verschiedenen Panelwellen kann als überproportional hoch bezeichnet werden. Zieht man die Personen ab, die zwischenzeitlich verstarben oder aus Dresden fortgezogen sind und deshalb nicht mehr lokalisiert werden konnten, kommt man über einen Zeitraum von mehr als sechs Jahren auf etwas mehr als die Hälfte der ursprünglichen Stichprobenmitglieder, die zu einem späteren Zeitpunkt erneut befragt werden konnten. Zur Frage der Zusammensetzung und der Panelmortalität siehe für den Zeitraum zwischen 1995 und 1998 eingehender Reuband (REUBAND, Karl-Heinz: Panelmortalität in postalischen Erhebungen und soziale Zusammensetzung der Befragten. Ergebnisse einer allgemeinen Bevölkerungsumfrage. In: *Planung und Analyse* (1998), Heft 3, S. 16-21.)

tersucht werden, wie enttäuschte Hoffnungen unter dem Einfluss sich ändernder Rahmenbedingungen auf der individuellen Ebene modifiziert werden. Und in einem dritten Schritt wird der Frage nachzugehen sein, welche Folgen daraus für das allgemeine Lebensgefühl und die Lebenszufriedenheit erwachsen.

3. Geschätzte Dauer der Angleichung

Untersuchen wir als erstes, welche Zeitvorstellungen die Bürger Ostdeutschlands mit dem Wirtschaftsaufschwung und der Angleichung an den Westen verbanden. Die Wende hatte hier zweifellos große Hoffnungen freigesetzt – Hoffnungen, die sich auf die unterstellte große Wirtschaftskraft des Westens, die „Überlegenheit" des kapitalistischen Systems und auf die Rhetorik der Politiker stützten. Und diese Hoffnungen und Erwartungen fanden zunächst auch ihren Niederschlag in entsprechenden Urteilen der Bürger. So glaubten viele, es würde nur einige wenige Jahre dauern, bis der Standard Westdeutschlands erreicht sei.

Eine der ersten Umfragen, die diese Hoffnung zeigte, war eine bundesweite Erhebung vom April 1990. In dieser meinten rund 96 Prozent, die Angleichung würde innerhalb der nächsten zehn Jahre erfolgen. Die durchschnittlich geschätzte Dauer, gemessen am arithmetischen Mittel lag bei sieben Jahren.[14] Eine wenige Monate später, im Oktober-Dezember durchgeführte Umfrage im Rahmen des „Wohlfahrtssurvey Ost" erbrachte ähnliche Werte: 94 Prozent der Befragten gaben an, die Angleichung würde innerhalb der nächsten zehn Jahre erfolgen.[15] Die durchschnittlich geschätzte Zahl der Jahre bis zur Angleichung beziffert sich im arithmetischen Mittel auf sieben Jahre (gemessen am Median auf sechs Jahre).[16]

14 Insgesamt erwiesen sich damals die Unterschiede in der Schätzung zwischen Personen mit unterschiedlichen Parteipräferenzen und Alter nur als geringfügig. CDU-Wähler glaubten an sieben Jahre, PDS-Wähler an acht Jahre. Am skeptischsten waren jene, denen die Vereinigung zu schnell ging, aber auch sie glaubten, in rund acht Jahren wäre die wirtschaftliche Angleichung vollzogen (vgl. FÖRSTER, Peter/ROSKI, Günther: DDR zwischen Wende und Wahl. Meinungsforscher analysieren den Umbruch. Berlin 1990, S. 66f.).

15 Eine weitere Umfrage stammt vom Institut für Demoskopie. Hier wurde nicht im Rahmen einer offenen Frage eine Schätzung ermittelt, sondern mittels vorgegebener Antwortkategorien. Im Jahr 2001 schätzten unter denen, die eine Angabe machten 88 Prozent, es würde bis zu zehn Jahren dauern (NOELLE-NEUMANN, Elisabeth/KÖCHER, Renate: Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1998–2002. München und Allensbach 2002, S. 501; eigene Berechnungen).

Rund sieben Jahre später, im Rahmen einer vergleichenden Studie in Dresden und Düsseldorf, stellten wir dann einem Querschnitt der Bevölkerung die Frage zur Zeit, bis zu der die Angleichung vollzogen sein würde. Die Ergebnisse sind in *Tabelle 1* dargestellt.

Tabelle 1: Geschätzte Dauer bis zur Angleichung nach Stadt und Jahr (in Prozent)

	Düsseldorf	Dresden	
	1997	1997	2001
Bis 10 Jahre	78	47	31
11-20 Jahre	13	40	44
Mehr als 20 Jahre	9	13	25
	100	100	100
(N=)	(657)	(1151)	(649)

Frageformulierung: „Wie viele Jahre wird es wohl dauern, bis es den Menschen in den neuen Bundesländern wirtschaftlich genauso gehen wird [1997: so gut gehen wird] wie den Menschen in den alten Bundesländern?". (Offene Frage, Angaben nachträglich kategorisiert)

Basis: Düsseldorf und Dresden Umfrage, 2001: Panelwelle

Sie belegt, dass sich die Erwartung auf Angleichung in gewissem Umfang den neuen Verhältnissen angepasst hat. Am optimistischsten äußerten sich zu dieser Zeit noch die Befragten in Düsseldorf. Sie glaubten – wie einst die Ostdeutschen einige Jahre zuvor – in ihrer Mehrheit (zu 78 Prozent), die Angleichung würde innerhalb der nächsten zehn Jahre stattfinden. Unter den Ostdeutschen vertraten lediglich noch 47 Prozent diese Meinung. Berechnet man das arithmetische Mittel für den geschätzten Zeitraum bis zur Angleichung, kommt man

16 Sekundäranalyse des „Wohlfahrtssurvey Ost" durch den Verfasser (Studie ZA-2121). Wie die Dresdner die Dauer der Angleichung zu dieser Zeit einschätzen, wissen wir nicht. Entsprechende Daten stehen nicht zur Verfügung. Es ist jedoch anzunehmen, dass sich die Verhältnisse dort ähnlich darstellten.

für die westdeutschen Befragten auf sechs und für die ostdeutschen Befragten auf 15 Jahre.[17] Ginge es nach dem damaligen Urteil der westdeutschen Befragten, wäre mithin bereits im Jahr 2007 die Angleichung vollzogen, für die Ostdeutschen erst im Jahr 2012. Doch dass auch deren Schätzung zu optimistisch ist, lässt sich bereits jetzt absehen.

Untergliedert man die Befragten nach ihrem Bildungsgrad wird ersichtlich, dass die Schätzung der Ostdeutschen – kaum aber die der Westdeutschen – von ihrem Bildungsniveau beeinflusst ist: Wer unter den Dresdnern über höhere Bildung verfügt, der äußerte sich gegenüber der These einer raschen Angleichung der Lebensbedingungen skeptischer. Er setzte den Zeitraum länger an als die Personen mit niedriger Bildung. Unter den Düsseldorfern erweisen sich die Bildungsunterschiede hingegen als minimal. Infolgedessen ergeben sich unter den besser Gebildeten auch die größten Unterschiede zwischen den ost- und westdeutschen Befragten: Während 1997 36 Prozent der ostdeutschen Bürger mit Abitur eine Angleichung in den nächsten zehn Jahren für wahrscheinlich hielten, waren es unter den Westdeutschen mit 74 Prozent mehr als doppelt so viele *(Tabelle 2)*.

Tabelle 2: Geschätzte Dauer bis zur Angleichung nach Bildung und Stadt, 1997 (in Prozent)

	Dresden				Düsseldorf			
	VS	RS	FHS	Abi	VS	RS	FHS	Abi
Bis 10 Jahre	52	51	45	36	84	77	72	74
11-20 Jahre	40	39	40	46	7	13	15	19
Mehr als 20 Jahre	8	11	15	18	9	11	14	7
	100	100	100	100	100	100	100	100
(N=)	(321)	(356)	(144)	(297)	(213)	(143)	(81)	(191)

Abkürzungen: VS = Volks-, Hauptschule, 8.Klasse EOS; RS = Realschule, 10. Klasse EOS, FHS = Fachhochschulreife; Abi = Abitur, POS

17 Legt man stattdessen den Median zugrunde, der nicht für schiefe Verteilungen anfällig ist und der die Verteilung in zwei gleiche Hälften aufteilt, kommt man für die westdeutschen Befragten auf zehn Jahre und die ostdeutschen auf 15 Jahre.

Eine geringere persönliche Vertrautheit mit den ostdeutschen Verhältnissen und vermutlich ebenso ein geringeres Interesse an der dortigen Entwicklung verführte die Westdeutschen – und hier selbst die besser Gebildeten unter ihnen – offensichtlich dazu, unrealistische Erwartungen zu hegen und die Gesamtentwicklung positiver zu sehen als sie realiter war. Die geringere Betroffenheit und das Fehlen unmittelbarer Anschauung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbruchs dürften dazu maßgeblich beigetragen haben.

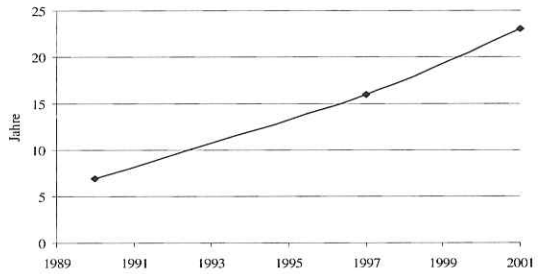
4. Dynamik der Einschätzungen im Zeitverlauf

Die Revision der geschätzten Dauer bis zur wirtschaftlichen Angleichung von Ost- und Westdeutschland, welche die Ostdeutschen gegen Mitte der neunziger Jahre vollzogen, blieb nicht die letzte. Das Jahr 1997, in dem wir den Dresdner und Düsseldorfer Befragten erstmals die Frage danach stellten, kann man in mancher Hinsicht als eine Zeit verschärfter Enttäuschungen ansehen: denn in diesem Jahr blieb das Wirtschaftswachstum des Ostens erstmals seit 1989 hinter dem des Westens zurück. Und seitdem hat es sich nicht wieder erholt. Im Jahr 1997 überrundete erstmals auch die Sorge um die weitere Entwicklung die Hoffnung der Ostdeutschen.[18]

Der Glaube an eine baldige Angleichung verlor dementsprechend immer mehr Anhänger. Äußerten im Jahr 1997 noch fast die Hälfte der Dresdner die Erwartung, dass es innerhalb der nächsten zehn Jahre zur Angleichung käme, waren es im Jahr 2001 nur noch 31 Prozent. 25 Prozent gar glaubten, es würde mehr als 20 Jahre dauern. Ausgedrückt in Form des arithmetischen Mittels stieg die Schätzung nunmehr auf 23 Jahre – was rückblickend umso dramatischer erscheinen muss, als sich die ursprüngliche Datierung vor rund zehn Jahren noch auf sieben Jahre belief *(Abbildung 1)*. Daraus resultiert, von 1990 an kumulativ gerechnet, eine geschätzte Angleichungsdauer von 30 Jahren.

18 SFZ (Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum Berlin-Brandenburg): Sozialreport 2006. Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern. Berlin 2006, Abb. 2.1, S. 8.

Abbildung 1: Geschätzte Dauer in Jahren bis zur Angleichung Ostdeutschlands an die wirtschaftlichen Verhältnisse Westdeutschlands vom Befragungszeitpunkt aus gerechnet (arithmetisches Mittel)



Basis: 1990: Repräsentative Umfrage in Ostdeutschland (Quelle: Förster und Roski 2000; Wohlfahrtssurvey 2000; eigene Berechnungen für Ostdeutsche); 1997 und 2001: eigene Befragungen der Dresdner Bevölkerung

Vergleichsdaten belegen, dass die Dresdner im Kontext der Ostdeutschen in ihrer Schätzung keine Sonderstellung einnehmen – obwohl bei ihnen der wirtschaftliche Aufschwung sich positiver gestaltet hatte als in anderen Teilen der ehemaligen DDR. So antworteten im Jahr 2001 auf eine ähnlich formulierte Frage des Instituts für Demoskopie (mit vorgegebenen Antwortkategorien) rund 33 Prozent der Befragten, die eine Schätzung abgaben[19], dass die Angleichung innerhalb der nächsten zehn Jahre stattfinden würde.[20]

Wie aber reagieren die Ostdeutschen auf die Enttäuschung einer immer mehr in die Zukunft verschobenen Angleichung? Bleiben die-

19 Neun Prozent der Befragten machten keine Angaben oder bekundeten, sie wüssten es nicht. Dieser Anteil wurde aus der Berechnungsbasis ausgeklammert.

20 NOELLE-NEUMANN/KÖCHER: Jahrbuch, S. 501; eigene Berechnungen. Etwas andere Werte erbringt eine Umfrage des Instituts für Marktforschung vom Oktober 2004 im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (abgedruckt in *SUPER Illu*, Nr. 47, 2004). Danach gaben drei Prozent der Befragten an, die Angleichung würde fünf Jahre dauern, 19 Prozent gaben zehn Jahre an, 22 Prozent 15 Jahre, 21 Prozent 20 Jahre und fünf Prozent 25 Jahre. Diese Werte liegen unter denen der Umfrage des Instituts für Demoskopie. Dass sich in der Zwischenzeit die geschätzte Dauer der Angleichung verringert hat, ist unwahrscheinlich. Wahrscheinlicher sind periodenspezifische Effekte, welche als kurzfristige Reaktionen auf optimistische Prognosen oder andere Ereignisse zu deuten sind.

jenigen, die im Vergleich zu den anderen Menschen „Optimisten" waren auch nach der Revision ihrer Schätzung „Optimisten"? Oder werden sie so nachhaltig in ihrer Grundposition erschüttert, dass sie sich nunmehr den pessimistischsten Schätzungen anschließen? Die Befunde unserer Analyse auf der Basis des Panels *(Tabelle 3)* belegen eine Anpassung des Zeithorizonts an die veränderten Verhältnisse bei gleichzeitiger Tendenz, die eigene Position in Relation zu der Schätzung der anderen Befragten beizubehalten. So glaubten die meisten derer, die einst einen Zeitraum von zehn Jahren für wahrscheinlich erachteten, nach wie vor an einen solchen Zeitraum. Und die meisten, die 20 Jahre und mehr für realistisch einschätzten, geben nach wie vor einen Zeitraum von mehr als 20 Jahren an.

Tabelle 3: Geschätzte Dauer bis zur Angleichung im Jahr 2001, nach Schätzung im Jahr 1997 (in Prozent)

	1997			
2001	Bis 10 Jahre	11-20 Jahre	Mehr als 20 Jahre	Insgesamt
Bis 10 Jahre	54	13	8	33
11-20 Jahre	33	56	39	43
Mehr als 20 Jahre	13	30	53	24
	100	100	100	100
(N=)	(240)	(196)	(49)	(485)

Basis: Dresdner Panelbefragung, Panelwellen 1997 und 2001

Der Unterschied zu früher liegt in diesem Fall nur darin, dass der Zeitpunkt, bis zu dem die Angleichung nach Meinung der Befragten vollendet ist, ein späterer geworden ist: Im Befragungsjahr 1997 bedeutete zehn Jahre später das Jahr 2007, im Befragungsjahr 2001 jedoch das Jahr 2011. Die veränderte Schätzung impliziert für die Mehrheit der Bürger mithin keinen Zusammenbruch der Hoffnung, sondern deren Neuakzentuierung. Die Aussicht auf eine gesellschaftlich bessere Zukunft Ostdeutschlands wird beibehalten, auch wenn man sich der Langwierigkeit und der Problematik mehr als jemals zuvor bewusst ist.

5. Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage und Bilanzierung der Wiedervereinigung

Welche Folgen erwachsen aus der Erosion der Hoffnungen für das Lebensgefühl der Ostdeutschen? Auf den ersten Blick mag man geneigt sein, eine Beeinträchtigung der Zufriedenheit mit den eigenen Lebensumständen zu erwarten. Doch eine derartige Zuschreibung wäre zu voreilig – betrifft doch die Erwartung an die Angleichung die gesamtgesellschaftliche Lage und nicht notwendigerweise auch die eigene individuelle Situation. Beides steht zwar miteinander in Beziehung – wer die Zukunft pessimistisch sieht, sieht sie auch in Bezug auf die eigene Lage so – doch ist der Zusammenhang insgesamt moderat.

Tabelle 4: Eigene wirtschaftliche Lage im Zeitverlauf (in Prozent)

	1995	1996	1997	1998*	2000	2001*	2002
Eigene wirtschaftliche Lage							
Sehr gut	4	4	2	2	5	2	4
Gut	47	46	44	50	47	55	44
Teils-teils	41	40	41	37	39	34	38
Schlecht	7	8	10	8	7	5	12
Sehr schlecht	1	2	3	2	2	2	3
Eigene wirtschaftliche Lage in einem Jahr							
Wesentlich besser	-	2	1	2	3	1	-
Etwas besser	-	17	11	12	13	7	-
Gleich	-	64	59	66	63	67	-
Etwas schlechter	-	15	27	18	19	23	-
Wesentlich schlechter	-	3	3	2	3	2	-

* Ganz oder teilweise basierend auf Panelbefragung
– nicht erfragt

Frageformulierungen: „Wie beurteilen Sie Ihre eigene wirtschaftliche Lage?" *Antwortkategorien*: „Sehr gut – Gut – Teils-teils – Schlecht – Sehr schlecht"; „Was glauben Sie, wie wird Ihre eigene wirtschaftliche Lage in einem Jahr sein?" *Antwortkategorien*: „Wesentlich besser – Etwas besser – Gleich – Etwas schlechter – Wesentlich schlechter".

Basis: Dresden Umfragen 1995, 1996, 1997, 2000, 2002 (Querschnitterhebungen), 1998: Panelwellenergänzung durch Stichprobe aus Adressbuch; 2001: Panelbefragung; Zahl der Befragten (N) in den einzelnen Jahren siehe Tabelle 5

So korreliert die geschätzte Dauer bis zur Angleichung mit der gegenwärtigen eigenen wirtschaftlichen Lage lediglich r=.11 und mit der vermuteten eigenen wirtschaftlichen Lage in einem Jahr r=. 21. Selbst mit der vermuteten wirtschaftlichen Lage der neuen Bundesländer in einem Jahr fällt die Korrelation recht schwach aus (r=. 20).

Angesichts dessen muss sich die pessimistische Sicht bezüglich der langfristigen Entwicklung der neuen Bundesländer nicht zwangsläufig in einer pessimistischen Sicht der eigenen wirtschaftlichen Lage umsetzen. Und dies ist in der Tat auch nicht der Fall. Die positive bzw. eingeschränkt positive Einschätzung („teils-teils") der eigenen wirtschaftlichen Lage überwiegt im Urteil der Befragten, und sie bleibt in dieser Hinsicht über die Zeit weitgehend gleich *(Tabelle 5)*. So stuften sie 1995 rund 51 Prozent der Befragten als „sehr gut" oder „gut" ein, und im Jahr 2002 mit 48 Prozent nahezu genauso viele.

Die zukünftige eigene wirtschaftliche Lage erfährt im Vergleich dazu eine etwas negativere Beurteilung. Aber auch sie erweist sich im zeitlichen Verlauf als weitgehend stabil. Anzeichen dafür, dass sich der Pessimismus verstärkt, je mehr man glaubt, die Angleichung würde auf sich warten lassen, sind nicht erkennbar. Dabei hätte man aufgrund persönlicher Erfahrungen durchaus mehr Pessimismus erwarten können – immerhin waren in Dresden seit der Wende bis zum Jahr 1997 55 Prozent der Befragten entweder selbst von Arbeitslosigkeit betroffen oder jemand aus der eigenen Familie.[21]

Dass sich trotz dieser Erfahrungen und enttäuschter Hoffnungen auf baldige Angleichung so wenige Ostdeutsche pessimistisch über ihre eigene Lage äußern, dürfte maßgeblich auch daraus resultieren, dass sie – ähnlich wie die Westdeutschen – in gewissem Umfang an die Gestaltbarkeit des eigenen Schicksal glauben und darüber hinaus eine für sich positive Bilanz der Transformation in Ostdeutschland ziehen. Zwar überwiegt die Meinung, dass sich die Erwartungen an die Einheit nur teilweise erfüllt hätten. Doch im Vergleich zur Vorwendezeit wird die eigene jetzige Lage eher als verbessert als verschlechtert wahrgenommen.[22] Gefragt, wie es ihnen ergangen wäre, wäre es zu

21 Die entsprechenden Zahlen in Düsseldorf belaufen sich lediglich auf 22 Prozent.

22 Im Zeitverlauf dokumentiert unsere Panelstudie hier sowohl erhebliche Konstanz als auch Wandel. Wer 1998 meinte, die Erwartungen hätten sich erfüllt, meinte dies zu 50 Prozent auch noch 2001. Für 47 Prozent ergibt sich eine Verschiebung zu „teils-teils". Lediglich 3 Prozent meinten nun, sie hätten sich nicht erfüllt. Unter denen, die 1998 die pessimistische Antwortvariante wählten („nicht erfüllt") meinten 63 Prozent dies auch im Jahr 2001, 30 Prozent waren auf die Nennung „teils-teils" übergegangen.

keiner Wiedervereinigung gekommen, bekunden über die Zeit hinweg in relativ stabiler Weise rund 10-14 Prozent der Dresdner, die Lage wäre für sie dann besser gewesen.[23] Rund ein Drittel glaubt, es ginge ihnen so wie jetzt. Rund die Hälfte jedoch vertritt die Ansicht, es wäre ihnen dann schlechter gegangen. Nennenswerte Veränderungen haben sich in der Zeit, in der sich die Vorstellungen über die Zeit bis zur Angleichung an den Westen so sehr verändert haben, in dieser Hinsicht nicht eingestellt *(Tabelle 5)*.

Tabelle 5: Eigene Lage im Fall, dass es keine Wiedervereinigung gegeben hätte, im Zeitverlauf (in Prozent)

	1995	1996	1997	1998*	2000	2001*
Besser	8	11	14	10	12	10
Gleich	32	35	32	33	28	32
Schlechter	49	45	47	51	53	51
Sonstiges	10	9	8	6	6	7
	100	100	100	100	100	100
(N=)	(851)	(1166)	(1123)	(1209)	(813)	(685)

* Ganz oder teilweise basierend auf der Panelbefragung, siehe Tabelle 4

Frageformulierung: „Nehmen wir einmal an, es hätte keine Wiedervereinigung gegeben. Würde es Ihnen persönlich heute besser, gleich gut oder schlechter gehen?"
Antwortkategorien: „Besser – Gleich gut – Schlechter – Sonstiges, was?"

Basis: Dresden Umfragen

23 In der gleichen Zeit gaben 35 Prozent der Düsseldorfer an, es wäre ihnen ohne die Wiedervereinigung besser gegangen. Der Solidaritätszuschlag Ost, die Einsparungen öffentlicher Haushalte und andere Ereignisse dürften (neben Vorurteilen über die neuen Bundesländer) dazu beigetragen haben.

6. Einfluss der wirtschaftlichen Lage und wahrgenommene Angleichungszeit auf die Lebenszufriedenheit und das Depressionserleben

Um die Frage nach den Auswirkungen enttäuschter Hoffnungen und aktueller wirtschaftlicher Lage auf das Lebensgefühl und die Lebenszufriedenheit zu klären, bedarf es zweierlei: einer Analyse des Zusammenhangs von wahrgenommener wirtschaftlicher Lage und wahrgenommener Angleichungszeit mit der Lebenszufriedenheit und dem Erleben depressiver Verstimmungen einerseits und einer Analyse der damit verbundenen Veränderungen andererseits (hier auf die Lebenszufriedenheit beschränkt; für das depressive Erleben verfügen wir über keine Vergleichsdaten).

Die Messung des Depressionserlebens – das mit Depression im klinischen Sinne nicht zu verwechseln ist – basiert auf den Antworten auf sechs Statements, die sich auf das Erleben in den letzten Tagen beziehen und Aussagen mit depressiven Erlebniskomponenten beinhalten.[24] Die Frage zur Lebenszufriedenheit ist hingegen globaler gehalten – sie ermittelt, wie sehr die Befragten mit sich und dem Leben, das sie führen, zufrieden sind. Die beiden Variablen Lebenszufriedenheit und depressives Erleben korrelieren zwar miteinander (r=.42) – wer mit seinem Leben zufrieden ist, leidet auch selten unter depressiven Verstimmungen – doch ist die Beziehung nicht so eng, dass man beide Variablen als Messung eines identischen Sachverhaltes ansehen kann.

Ein maßgeblicher Grund für den relativ moderaten Zusammenhang dürfte sein, dass die Lebenszufriedenheit vor allem eine kognitive Bilanzierung der eigenen Lage in Relation zur Lage anderer Menschen und eigener Erfahrungen beinhaltet.[25] Die Messung des Depressionserlebens hingegen erfasst spezifische, aktuelle emotionale Befindlichkeiten, und dies zudem ungeachtet einer summarischen Bilanzierung. Angesichts der unterschiedlichen Akzentuierungen

24 Die Skala wurde von Jürgen Margraf adaptiert, allerdings nicht – wie bei ihm – bezogen auf die letzten sieben Tage. Erfasst wurde die aktuelle Befindlichkeit ohne zeitlich eindeutig begrenzten Referenzzeitraum, vgl. zur Skala MARGRAF, Jürgen: Diagnosehilfen. Kurzfragebogen zur Schnellerkennung von Depressionen. In: Depressions-Manual des Berufsverbandes der Allgemeinen Ärzte Deutschlands (BDA). Hg. v. EXPERTENKREIS DEPRESSIONEN. Emsdetten 1998.

25 CAMPBELL, Angus/CONVERSE, Philip/RODGERS, Willard: The Quality of American Life. New York 1976.

macht es Sinn, die Variablen getrennt zu analysieren und nicht in einer neuen übergreifenden Variablen zusammenzufassen.

Die Ergebnisse der Analyse finden sich in *Tabelle 6*. Sie dokumentiert für 1997, dass die eigene Lebenszufriedenheit und das Depressionserleben nicht von der geschätzten Angleichungszeit, sondern primär von der Einstufung der eigenen wirtschaftlichen Lage abhängen. In abgeschwächter Form wirkt sich ebenfalls aus, wie zukünftig die eigene wirtschaftliche Lage und die der neuen Bundesländer eingeschätzt werden.[26] Die partielle Replikation der Analyse mit dem Paneldatensatz von 2001 bestätigt im Wesentlichen die Befunde (die zukünftige wirtschaftliche Lage Ostdeutschlands wurde in diesem Fall nicht erhoben, ebenfalls nicht das Depressionserleben). Gegenüber der Erhebung von 2007 hat die Bedeutsamkeit der eigenen wirtschaftlichen Lage sogar noch zugenommen.[27]

Was zählt, ist offensichtlich in erster Linie das private Wohlergehen. Die gesamtgesellschaftliche wahrgenommene Entwicklung scheint im Vergleich dazu von marginaler Bedeutung zu sein, allenfalls vermag sich (wie die 1997er Erhebung dokumentiert) die Entwicklung in Ostdeutschland in kurzfristiger Perspektive – innerhalb des nächsten Jahres – in gewissem Umfang noch auf die subjektive Lebensqualität auszuwirken.

26 Der Grund, dass selbst die vermutete zukünftige Lage der neuen Bundesländer Effekte auf das individuelle Lebensgefühl hat, ist wohl darin zu suchen, dass hier die Lage in der unmittelbaren Zukunft – im nächsten Jahr – erfragt wurde. Ein solcher Zeitraum hat naturgemäß eher Rückwirkungen auf das eigene zukünftige Wohlergehen als ein Zeitraum, der – wie die Angleichung von Ost- und Westdeutschland – mehrere Jahre erfordert.

27 Dies lässt sich auch zeigen, wenn man nicht die standardisierten, sondern unstandardisierten Koeffizienten zum Maßstab des Vergleichs macht. Warum die Einstufung der eigenen wirtschaftlichen Lage an Bedeutsamkeit gewonnen hat, ist eine ungeklärte Frage. Die Tatsache, dass wir in die Analyse der Erhebung von 2001 nicht die vermutete zukünftige wirtschaftliche Entwicklung Ostdeutschlands einbeziehen konnten, kann nicht der Grund dafür sein (wie eine Analyse der Erhebung von 1997 mit vergleichbaren unabhängigen Variablen erbrachte). Ob der stärkere Effekt der eigenen wirtschaftlichen Lage aus der Tatsache herrührt, dass es sich bei der Erhebung von 2001 um eine Welle im Rahmen unserer Panelbefragung handelt, sich hier periodenspezifische – womöglich gar längerfristige – Effekte niederschlagen oder andere Gründe, bedarf weiterer Klärung in den zukünftig geplanten Studien.

Tabelle 6: Einfluss der eigenen wirtschaftlichen Lage, der wahrgenommenen Angleichungsdauer sowie sozialer Merkmale auf die Lebenszufriedenheit und Depressionserleben, 1997 und 2001 (beta Koeffizienten der Regressionsanalyse)

	1997		2001
	Unzufriedenheit mit Leben	Depressionserleben	Unzufriedenheit mit Leben
Angleichung an westdeutsche Verhältnisse in Jahren	.00	.00	.04
Eigene wirtschaftliche Lage	.41***	.29***	.51***
Eigene zukünftige wirtschaftliche Lage	.09**	.11***	.09*
Zukünftige wirtschaftliche Lage Ostdeutschlands	.08**	.09**	+
Geschlecht	-.01	.06*	-.02
Alter	-.07*	.03	-.05
Bildung	-.03	-.03	.03
Einkommen	.02	-.04	-.05++
r^2	.23	.16	.31

Statistische Signifikanz: * p < 0,05 ** p < 0,01 *** p < 0,001

\+ Nicht erhoben / ++ Da 2001 das Netto-Haushaltseinkommen nicht erhoben wurde, wurde das Netto-Haushaltseinkommen aus der Befragungswelle von 1998 zur Schätzung herangezogen. Ein derartiges Vorgehen erscheint angesichts der hohen Stabilität der Einkommensverhältnisse in der Panelstudie legitimierbar (Korrelation zwischen 1995 und 1998 r=.73).

Frageformulierungen: *Unzufriedenheit mit Leben:* „Wie zufrieden sind Sie insgesamt mit sich und dem Leben, das Sie führen?" *Antwortkategorien*: Sehr zufrieden – Zufrieden – Teils zufrieden, teils unzufrieden – Unzufrieden – Sehr unzufrieden". *Depressionserleben:* „Wie sehr litten Sie in den letzten Tagen (einschließlich heute) unter Energielosigkeit oder Verlangsamung in den Bewegungen oder im Denken – Schwermut – Gefühl, sich für nichts zu interessieren – Gefühl der Hoffnungslosigkeit angesichts der Zukunft – Gefühl, dass alles anstrengend ist – Gefühl, wertlos zu sein" *Antwortkategorien*: „Überhaupt nicht – Wenig *Es störte mich nicht sehr* – Mittel *Es war sehr unangenehm, aber ich konnte es aushalten* – Stark *Ich konnte es kaum aushalten"* [Kursivsetzung im Fragebogen]. Die Skala basiert auf einer Auf-

summierung der Werte für die einzelnen Variablen (0="überhaupt nicht" bis 3= „konnte es kaum aushalten"); Wertebereich der Gesamtskala: 0 bis 18; die Frageformulierungen zu den unabhängigen Variablen sind in den vorhergehenden Tabellen aufgeführt. Die Variable „Angleichung an westdeutsche Verhältnisse" ist in Jahren (in ursprünglicher metrischer Form) einbezogen.

Basis: Dresden Umfrage 1997; Panel 2001, Paarweiser Ausschluss von Werten

Angesichts der relativen Dominanz der privaten wirtschaftlichen Lage für die Lebenszufriedenheit – bei gleichzeitig konstanter Bilanzierung dieser Lage im Zeitverlauf – ist nicht verwunderlich, dass sich die Lebenszufriedenheit der ostdeutschen Bürger im Zeitverlauf trotz enttäuschter Hoffnung auf eine baldige Angleichung der beiden Landesteile nicht verschlechtert hat *(Tabelle 7)*. Vielmehr ist das Gegenteil eingetreten: Urteilten 1995 rund die Hälfte der Befragten (53 Prozent), sie seien mit sich und ihrem Leben „sehr zufrieden" oder „zufrieden", so waren es im Jahr 2001 fast zwei Drittel (65 Prozent).

Tabelle 7*:* Lebenszufriedenheit im Zeitverlauf (in Prozent)

	1995	1997	1998*	2000	2001*
Sehr zufrieden	9	7	6	10	8
Zufrieden	44	45	51	54	57
Teils-teils	43	42	38	32	30
Unzufrieden	4	5	4	3	4
Überhaupt nicht zufrieden	1	1	1	1	1
	100	100	100	100	100
(N=)	(840)	(1219)	(1202)	(829)	(695)

* Ganz oder teilweise basierend auf Panelbefragung

Basis*:* Dresden Umfragen

Frageformulierung*:* siehe Tabelle 6

Die Dresdner nehmen in dieser Hinsicht keine Sonderstellung ein, vergleichbare Daten aus bundesweiten Umfragen erbringen für Ostdeutschland ähnliche Tendenzen.[28] Das Niveau der Westdeutschen ist

28 NOELLE-NEUMANN/KÖCHER: Jahrbuch, S. 35.

gleichwohl noch nicht erreicht. So antworteten die Düsseldorfer auf die identische Frage in der gleichen Zeit nahezu zu drei Viertel (72 Prozent), sie seien „sehr zufrieden" oder „zufrieden".[29] Umfragen auf bundesweiter Ebene erbringen ebenfalls nach wie vor bestehende Differenzen in dieser Frage. Die Unterschiede zwischen Ost und West sind im Zeitverlauf zwar kleiner geworden, sie sind aber noch nicht verschwunden.[30]

7. Schlussbemerkung

Enttäuschte Hoffnungen müssen nicht notwendigerweise in Hoffnungslosigkeit münden. Solange man noch an Veränderungsmöglichkeiten glaubt, kann es dazu kommen, dass man die Realisierung der Hoffnungen auf einen späteren Termin verschiebt. Dabei bleibt – wie unsere Untersuchung über die wahrgenommene Angleichungsdauer zwischen Ost- und Westdeutschland gezeigt hat – die grundsätzliche individuelle Haltung der Tendenz nach bestehen: wer zu einem Zeitpunkt optimistisch ist, ist es auch zu einem späteren. Der zeitliche Referenzrahmen hat sich nur verschoben.

Ob die Erwartungen an die wirtschaftliche Angleichung der ostdeutschen Landesteile an den Westen zeitlich nah oder zeitlich weit gestreckt sind, hat auf die eigene Lebenszufriedenheit und das Erleben positiver Stimmungen keinen Einfluss. Offenbar handelt es sich bei der Frage der Angleichung um eine Thematik, die aus Sicht der Befragten die eigene wirtschaftliche Lage nur marginal berührt. Entscheidender ist, wie die eigene private Lage wahrgenommen wird. Dass die Einschätzung der Zeit bis zur Angleichung Ostdeutschlands an Westdeutschland damit für den einzelnen irrelevant ist, ist damit gleichwohl nicht gesagt. Auswirkungen auf die Zufriedenheit mit dem neuen politischen System und der Demokratie sind nicht ausgeschlossen.[31]

29 Erhebungen in Düsseldorf 1997 und 2000.

30 NOELLE-NEUMANN/KÖCHER: Jahrbuch, S. 35.

31 Es gibt dafür aus der Untersuchung Hinweise. Allerdings ist eine offene Frage, wie sehr die Einstellung zum neuen politischen System und die wahrgenommene Angleichungsdauer Bestandteil einer generellen Orientierung gegenüber dem neuen Staat sind, dem man als Ostdeutscher nun angehört.